



MITBÜRGER = MITWÄHLEN + MITGESTALTEN!

Für die Einführung des kommunalen Wahlrechts
für Migrantinnen und Migranten
in der Bundesrepublik Deutschland



Ratsfraktion
Hannover

Deutsch lernen?



Steuern zahlen?



Rentenbeitrag zahlen?



Wählen?



Die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern und Nicht-Deutschen anderer Herkunft ist nicht länger hinnehmbar.

Viele Länder in Europa haben mit dem kommunalen Wahlrecht gute Erfahrungen gemacht. Wie selbstverständlich können deutsche Staatsbürger in den Städten und Gemeinden des europäischen Auslands mitbestimmen.

Die meisten Migrantinnen und Migranten leben seit vielen Jahren in deutschen Städten. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit »ihrer« Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.

Integration kann nur mit politischer Beteiligung gelingen. Als Teil der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten in den Städten und Gemeinden mitbestimmen.

In den europäischen Nachbarländern:

In IRLAND ist das kommunale Wahlrecht seit 1963 nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern allein an den legalen Aufenthaltsort gebunden.

SCHWEDEN führte das kommunale Wahlrecht 1975 ein. Europaweit einzigartig ist die Berechtigung, die Provinziallandtage mitzuwählen.

Das Nachbarland DÄNEMARK hat das Wahlrecht für Nicht-Dänen 1974 eingeführt. Ausländische Staatsbürger und -bürgerinnen haben auf lokaler wie regionaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht.



DIE EINFÜHRUNG DES KOMMUNALEN WAHLRECHTS IST LÄNGST ÜBERFÄLLIG!

Daher fordert die hannoversche SPD die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten:

- Mitwählen bedeutet Mitgestalten! Mitgestalten bedeutet Mitverantwortung und ist ein großer Schritt zur Integration.
- Ungleichbehandlung von EU- und Drittstaaten-Ausländern darf nicht länger hingenommen werden.
- Wer Steuern und Sozialabgaben zahlt, soll auch wählen können!
- Politische Rechte für Migrantinnen und Migranten stärken die Demokratie, insbesondere in den Stadtteilen.
- Integration bedeutet nicht nur fordern, sondern auch fördern! Daher brauchen wir das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten – sofort!

»Einwanderer müssen sich integrieren, wir müssen ihnen dazu alle Möglichkeiten geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen.«

Auszug aus dem Grundsatzprogramm
(Hamburger Programm) der SPD, Seite 20ff.

»Integration ist gelungen, wenn die eingewanderten Menschen gleichberechtigt am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben in Hannover teilhaben.«

Stephan Weil,
Oberbürgermeister der Stadt Hannover
(Leitlinien städtischer Integrationspolitik)

MITBÜRGER = MITWÄHLEN + MITGESTALTEN!

Weitere Infos:

SPD Stadtverband Hannover

AK Weltoffenes Hannover

Peggy Keller

Odeonstraße 15/16 · 30159 Hannover

SPD Ratsfraktion Hannover

Alptekin Kirici

Friedrichswall 15 · 30159 Hannover